



StuPa-Präsidium
Frau Christiane Kelm
Herr Justus Faust
Herr Dennis Pirdzuns

Gaußstraße 20
42119 Wuppertal

DATUM 12.07.2017

GESPRÄCHSPARTNER Justus Faust

GEBÄUDE, EBENE, RAUM ME-04 (ASTA EBENE)

E-MAIL stupapraes@asta.uni-wuppertal.de

www.stupa.uni-wuppertal.de

Bergische Universität Wuppertal, StuPa-Präsidium
Gaußstraße 20, 42119 Wuppertal

An die Studierenden
der Bergischen Universität Wuppertal

Stellungnahme zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen auf der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments vom 12.07.2017

Das Studierendenparlament hat mit

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	3

bei 15 abgegebenen und gültigen Stimmen

folgendes beschlossen:

„Als Studierendenschaft der Bergischen Universität Wuppertal lehnen wir die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer ab. Der ungehinderte Zugang zu Bildung soll unabhängig von der Nationalität gewährleistet sein. Die Studierendenschaft der Bergischen Universität setzt sich für eine offene Hochschule ein, die sich als zentraler Akteur gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Transformations- und Gestaltungsprozesse im Bergischen Land begreift. Ein pluraler Austausch und die Gewährleistung wissenschaftlicher Diversität an nordrhein-westfälischen Hochschulen sieht die Studierendenschaft als einen Grundpfeiler gelingender Hochschul-, Wissenschafts- und auch Integrationspolitik an.

Die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme zu Studiengebühren – speziell für Nicht-EU-Ausländer – ergibt sich aus dem am 16. Juni 2017 verabschiedeten Koalitionsvertrag zwischen den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen der CDU und FDP. Aus dem Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022, Seite 19:

„Zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen durch die Hochschulen werden wir jedoch auf die Einführung allgemeiner Studiengebühren verzichten. Stattdessen werden wir Studienbeiträge für Studierende aus Drittstaaten einführen und uns am „Baden-Württemberg-Modell“ orientieren. Sogenannte „Bildungsinländer“ werden bei der Erhebung von Studienbeiträgen ausgenommen. Ebenso werden Ausnahmen für Studierende aus Entwicklungsländern, für anerkannte Flüchtlinge und für Studierende mit besonderen sozialen Härten ermöglicht. Hierbei sollen auch entsprechende Stipendienprogramme zum Einsatz kommen. Die zusätzlichen Einnahmen des Landes

werdenden Hochschulen ungeschmälert zur Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung gestellt."

Die Studierenden mit einem Hintergrund außerhalb Deutschlands und außerhalb der Europäischen Union begreifen wir als große Bereicherung unserer Institution und des studentischen Lebens. Wir betonen das Recht dieser Studierenden auf eine höhere Bildung, was ihnen aber durch die zusätzlichen beträchtlichen Belastungen verwehrt wird, denn gerade sie sind häufig in einer prekären finanziellen Situation und außer Stande weitere Gebühren zu zahlen.

*Studiengebühren machen es generell schwierig bis unmöglich für finanziell schlechter Gestellte ein Studium aufzunehmen oder es fortzuführen. Sie wirken demnach ausgesprochen sozial selektiv und benachteiligen eine ganze Reihe von Menschen. Deshalb lehnen wir Studiengebühren allgemein ab, denn sie machen ein Bildungssystem exklusiver, diskriminierender und die Gesellschaft insgesamt ärmer. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen sind darüber hinaus noch aus folgenden Gründen abzulehnen:*

- Es wird der Diskriminierung von finanziell schlechter gestellten Menschen noch eine Diskriminierung aufgrund von Nationalität hinzugefügt. Das ist einer weltoffenen Gesellschaft und der internationalen Wissenschaft im höchsten Maße unwürdig.*
- Die Gebührenlast wird vielen ausländischen Studierenden ein Studium an einer nordrhein-westfälischen Hochschule verwehren. Das verringert die individuellen Möglichkeiten zur Lebensplanung dieser Menschen und verringert die gesellschaftliche Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Beides ist ein Verlust für alle.*
- Entgegen der erklärten Zielsetzung werden Studiengebühren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen schwächen. Zum einen werden zahlreiche Studierende auf Hochschulen anderer Bundesländer ausweichen. Zum anderen wird der bürokratische Aufwand der Gebührenerhebung einen deutlichen Anteil der Einnahmen aufbrauchen. Hinzu verringert sich die Zahl möglicher Gebührenzahler*innen noch durch die abschreckende Wirkung. Neben dem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Scheitern kommt also noch ein wirtschaftliches Scheitern hinzu.*

*Aus unserer Sicht ist nur ein sinnvoller und logischer Schluss möglich: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen oder für irgendwen dürfen in keiner Form implementiert werden. Alles andere wäre ein fataler Fehler und fügt der nordrhein-westfälischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft immensen Schaden zu.*

StuPa und AStA der Bergischen Universität sind auch die Vertretung der internationalen Studierenden in Wuppertal. Wir betrachten es also als unsere Pflicht gegen Studiengebühren jeglicher Form, besonders gegen einzelne Gruppen, öffentlich und an der Seite anderer akademischer und studentischer Akteure Stellung zu beziehen."